

Hanspeter Kriesi (Hrsg.)
Political Communication in Direct Democratic Campaigns
Enlightening or Manipulating?
Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2012. – 265 S.
ISBN 978-0-230-30489-5

Hart geführte Auseinandersetzungen über Großbauvorhaben haben zuletzt dazu geführt, dass intensiver über eine Ergänzung der bestehenden liberal-repräsentativen Demokratie diskutiert wurde, wobei wiederholt auf direktdemokratische und deliberative Elemente verwiesen wird. Das Schweizer Modell ist in diesen Diskussionen ein wichtiger Bezugspunkt. Hanspeter Kriesis Sammelband scheint daher von hoher gesellschaftspolitischer Relevanz zu sein, da er schon im Untertitel verspricht, direktdemokratische Kampagnen in der Schweiz zwischen Aufklärung und Manipulation zu verorten.

Das damit doch ein wenig zu viel versprochen wird, sei bereits vorausgeschickt, doch vorab festzuhalten ist, dass der Band hervorragende empirische Analysen versammelt. Diese schließen an unterschiedliche Forschungstraditionen im Bereich der politischen Kommunikationsforschung und der Untersuchung wälderseitiger Meinungsbildungsprozesse an. Die Beiträge im Band bündeln die Ergebnisse einer jahrelangen Zusammenarbeit dreier Schweizer Forschungsgruppen. Im Zuge des Projekts wurden Dutzende Experteninterviews mit politischen und medialen Akteuren geführt, mehr als eintausend Medienerzeugnisse inhaltsanalytisch ausgewertet und schließlich wurden hunderte Schweizer(innen) mit Hilfe von computergestützten Telefoninterviews in drei Erhebungswellen befragt. Besonders hervorzuheben ist das dezidiert diachronische Forschungsdesign, wodurch Aussagen über Prozesse und Entwicklungen möglich werden.

Das Ineinandergreifen der einzelnen Erhebungsmethoden, der Operationalisierungen, Hypothesenbildungen und der Vergleichsdesigns überzeugt nicht nur, weil sich die Autoren auf gemeinsame Untersuchungsfälle konzentrieren – nämlich auf drei direktdemokratische Abstimmungen zwischen 2006 und 2008 –, sondern vor allem auch, weil die Autoren gemeinsame Grundannahmen über das Funktionieren politischer Prozesse teilen. Gemeinsamer Nenner ist dabei eine theoretische Sichtweise auf den demokratischen Prozess, die davon ausgeht, dass die Prädispositionen der Bürger nur dann in eine akkurate Wahl vorhandener politischer Angebote münden, wenn die

Medien für eine unabhängige und unverzerzte Darstellung der zur Abstimmung stehenden Positionen sorgen und wenn die beteiligten politischen Eliten und Verbände so kommunizieren, dass die Wähler zu einer unabhängigen und informierten Meinungs- und Willensbildung befähigt werden. Mit Hilfe dieses gemeinsamen Forschungsansatzes beansprucht der Band auf überzeugende Art und Weise jene Lücke zu schließen, die durch das Nebeneinanderher verschiedener Forschungsstränge und -methoden entstanden ist. Zusammengeführt werden somit Institutionen- und Akteursanalysen, umfragestatistische Studien sowie Medieninhaltsanalysen.

Die Gliederung des Bandes spiegelt diese interdisziplinäre Zusammenarbeit wider. Nach der Einleitung folgt ein Kapitel über den spezifischen Kontext der Schweizer Direktdemokratie. In Kapitel drei wird der gemeinsame Forschungsansatz vorgestellt. Anschließend wird zunächst in drei Kapiteln untersucht, wie sich auf der politischen Mesoebene Schweizer Parteien und Verbände zu Koalitionen zusammenschließen, welche Framing-Strategien sie dabei verfolgen und schließlich für welche Zielgruppenorientierung (Adressierung der sympathisierenden oder der unentschiedenen Wähler?) sich befürwortende und opponierende Kampagnen entscheiden. Im zweiten Abschnitt folgen Beiträge über die Medienberichterstattung bei direktdemokratischen Kampagnen, wobei z. T. Schieflagen zwischen Pro- und Contra-Seiten identifiziert werden können und allgemein festgestellt wird, dass vor allem politische Akteure, also nicht Journalisten, die Medienberichterstattung prägen. Auch stellen Patrick Rademacher et al. (S. 82ff.) keine deutliche Gefährdung der journalistischen Unabhängigkeit im Zuge von Kommerzialisierungstendenzen fest.

Schließlich wird im dritten Abschnitt anhand der erhobenen Umfragedaten untersucht, wie es um die wälderseitigen Meinungsbildungsprozesse mit Blick auf den Einfluss von Medienberichterstattung und vorgängigen Präferenzen bestellt ist. Der Beitrag von Werner Wirth et al. (S. 205ff.) erscheint dabei besonders innovativ, da er sich auf die bislang vernachlässigte Rolle von Emotionen bei Wahlauscheidungen konzentriert.

Insgesamt kommt der Band zum Schluss, dass die Schweizer Direktdemokratie überwiegend funktioniert, wobei die Komplexität und Vertrautheit der zur Abstimmung stehenden Themen eine wesentliche Rolle spielen. Da die institutionellen Voraussetzungen in Politik und Medien dazu geeignet sind, Befürwortern wie Gegnern eine freie, wenn auch nicht unbedingt

gleichberechtigte öffentliche Darstellung ihrer Positionen zu ermöglichen, entscheiden sich etwa 9 von 10 Wählern an der Wahlurne gemäß ihren vorgängigen Einstellungen (S. 238).

Mit diesem Hauptbefund lässt sich abschließend erläutern, warum – wie eingangs erwähnt – der Band dann doch zu viel verspricht, wenn er beansprucht, die direktdemokratischen Abstimmungen in der Schweiz zwischen Aufklärung und Manipulation zu verorten. Denn diese Konzepte müssten umfassender und genauer aus normativen Demokratiemodellen abgeleitet und operationalisiert werden, als dies im Band geschieht. So irritiert insbesondere das Bekenntnis zur Theorie deliberativer Demokratie (S. 1), denn diese Denkrichtung versucht gerade die Vorstellung zu überwinden, dass sich die vorgängigen Präferenzen der Wählermehrheit nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage durchsetzen sollen. Vielmehr sollen öffentliche Diskurse annäherungsweise in gemeinwohl-orientierte Entscheidungen münden, die dann nicht mehr als Ausdruck von Prädispositionen verstanden werden können.

Mundo Yang

Jan Krone / Tassilo Pellegrini (Hrsg.)
Netzneutralität und Netzbewirtschaftung
 Multimedia in
 Telekommunikationsnetzwerken
 Baden-Baden: Nomos, 2012. – 207 S.
 ISBN 978-3-8329-6882-3

Das Thema Netzneutralität hat bereits für einige bewegte Diskussionen gesorgt – bisher jedoch ohne handfeste Ergebnisse, einmal abgesehen von gesetzlichen Festschreibungen wie etwa in den Niederlanden. So hat sich auch der deutsche Gesetzgeber lediglich dazu entschieden können, bei der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes eine schwammige Regelung aufzunehmen. Ein Ausdruck des Dilemmas, das der gesamten Diskussion um die Netzneutralität innewohnt: Belastet mit Ungenauigkeiten und Unklarheiten findet sie zumindest teilweise ohne Grundlage und substanzlos statt. Die Folge ist die Ideologisierung der Debatte, in der Argumente nunmehr nur noch gebetsmühlenartig wiederholt werden, nicht ausgetauscht. Am Ende ist die Diskussion eingeschlafen, die Lösung der Probleme vertagt, bis von den Akteuren der Netzneutralität Tatsachen geschaffen worden sind.

Um eine weiterführende, stärker reflektierte Diskussion anzusteuern, fand am 1. Juli 2011 an der Fachhochschule St. Pölten der Workshop

„Medienvertrieb in Telekommunikationsnetzwerken – Netzneutralität und Netzbewirtschaftung im Spiegel von Gesellschaft, Politik, Technologie und Ökonomie“ statt. Die Ergebnisse dieses Workshops werden nunmehr im besprochenen Band dokumentiert.

Netzneutralität und Netzbewirtschaftung stellen hier nur scheinbar zwei verschiedene Teile dar, bedingen sich doch beide gegenseitig. Dürfen Daten diskriminiert beziehungsweise priorisiert werden, ermöglicht dies ganz neue Geschäftsmodelle. Wird Netzneutralität hingegen zur Pflicht, besteht die Notwendigkeit massiven Netzausbaus. Beide Themen gemeinsam zu diskutieren, stellt sich als geschickt dar.

Geschickt ist auch das Vorgehen Simon Möllers, der sich in seinem Vortrag nicht dazu hinreißen lässt, sich auf eine Definition für den Begriff Netzneutralität festzulegen. Durch die Darstellung der Definitionsversuche von Internet-Größen wie Tim Wu oder Tim Berners-Lee kommt Möller zu dem plausiblen Ergebnis, dass sich der Begriff kaum definieren lasse. Sobald man ein Problem der Definition durch eine Änderung gelöst habe, entstehe durch gerade diese Änderung ein neues Problem an anderer Stelle. Deshalb gehe es viel mehr darum, einen Zustand zu finden, in dem die Vorteile des Internets bewahrt würden – geringe Transaktionskosten und universelle Nutzbarkeit.

Jan Krone kommt in seinem folgenden Vortrag zu dem Schluss, dass es sich um ein politisches Thema handelt, weshalb jeder Definitions- und Lösungsansatz wiederum politisch gefärbt sei. Dies leitet er ab aus einer Policy-Analyse in 27 EU-Ländern, bestehend aus Länderdossiers, zusammengestellt anhand öffentlich zugänglicher Dokumente, und einer Befragung mit einem standardisierten Fragebogen. Die Auswertung und Herleitung des Ergebnisses sind interessant und lassen den Leser bereits den geringen Rücklauf der Fragebögen (weniger als 15 Prozent) bedauern. Interessant sind auch die von Krone aufgeworfenen Fragen für die Zukunft, etwa inwiefern über politisch gefärbte Regelungen zur Netzneutralität die Grundrechte in ihrer Verwirklichung gefährdet werden können.

Darauf folgt Uschi Buchinger mit der Analyse eines Fragebogens, dieses Mal verschickt durch die EU an Privatpersonen sowie bestimmte Institutionen wie Telekommunikationsgesellschaften, nationale Medienregulierungsanstalten und dergleichen. Sehr zäh liest sich die Darstellung der beantworteten Fragebögen, die den Großteil des Textes ausmacht. Das Resümee fällt dagegen leider sehr kurz und fast ohne eigene Schlussfolgerungen aus.